

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXVII

Einleitung	1
----------------------	---

Erster Teil:

Die kollektiv nichtanerkannten Staaten

Kapitel 1: Die kollektive Nichtanerkennung der Türkischen Republik Nord-Zypern	10
Kapitel 2: Präzedenzfälle kollektiver Nichtanerkennung	83

Zweiter Teil:

Die Rechtsgrundlagen der kollektiven Nichtanerkennung

Kapitel 3: Die Rechtsnatur der kollektiven Nichtanerkennung	214
Kapitel 4: Die Aufforderung der Vereinten Nationen zur Nichtanerkennung	304

Dritter Teil:

Die Rechtsfolgen der kollektiven Nichtanerkennung

Kapitel 5: Verträge und einseitige Hoheitsakte	370
Kapitel 6: Rechtsstellung vor nationalen und internationalen Gerichten	459
Kapitel 7: Mitgliedschaft und Vertretung in internationalen Organisationen	546
Kapitel 8: Bilaterale Beziehungen	597
Kapitel 9: Wirtschaftliche Entwicklung	666
Kapitel 10: Post- und Fernmeldeverkehr	731

Kapitel 11: See- und Luftverkehr	757
Kapitel 12: Völkerrechtliche Verantwortlichkeit für Vorgänge in Nordzypern	823
Schlußbetrachtung	864
Anhang I Übersicht über die Sanktionswirkungen der kollektiven Nichtanerkennung	869
Anhang II Verträge, Abkommen und andere Übereinkünfte des Türkischen Bundesstaats von Zypern und der Türkischen Republik Nord-Zypern	876
Literaturverzeichnis	887
Entscheidungsregister	935
Vertragsregister	967
Register nationaler und supranationaler Rechtsakte	987
Register der Resolutionen und Erklärungen internationaler Organisationen	1001
Personenverzeichnis	1018
Sachverzeichnis	1021

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXVII

<i>Einleitung</i>	1
-----------------------------	---

Erster Teil

Die kollektiv nichtanerkannten Staaten

<i>Kapitel 1: Die kollektive Nichtanerkennung der Türkischen Republik Nord-Zypern</i>	10
I. Geschichtlicher Abriss des Zypernkonflikts	11
1. Die Wurzeln des Konflikts	11
2. Die Unabhängigkeit der Republik Zypern	12
3. Das Ende der gemeinsamen Regierung	16
4. Der griechische Staatsstreich und die türkische Intervention	20
5. Die <i>de facto</i> -Teilung	23
6. Die Sezession der türkischen Zyprer	25
7. Die Volksgruppengespräche	26
8. Der Annan-Plan und der EU-Beitritt der Republik Zypern	27
II. Die Staatsorganisation der Türkischen Republik Nord-Zypern und ihrer Vorgänger	32
1. Die Enklavenverwaltung (1964–1974)	32
2. Der Türkische Bundesstaat von Zypern (1975–1983)	34
3. Die Türkische Republik Nord-Zypern	37
III. Die Anerkennungsfrage im Zypernkonflikt	41
1. Die Anerkennung der Regierung der Republik Zypern	42
a. Die griechisch-zyprische Rumpfregierung	42
b. Die Regierung Makarios gegen die Regierung Sampson	43
2. Die Frage der Anerkennung des Türkischen Bundesstaats von Zypern	44

3. Die Aufforderung zur Nichtanerkennung der Türkischen Republik Nord-Zypern	48
a. Die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats	48
(1) Resolution 541 (1983)	48
(2) Resolution 550 (1984)	50
b. Die Abstimmungserklärungen im UN-Sicherheitsrat	53
c. Der Vorschlag des UN-Generalsekretärs zur Neubewertung der Resolutionen	57
IV. Die internationale Nichtanerkennungspraxis	61
1. Die Anerkennung durch die Türkei	61
2. Die Anerkennung durch andere Staaten	62
3. Die Haltung der nicht anerkennenden Staaten	63
a. Vereinigtes Königreich	63
b. Vereinigte Staaten von Amerika	65
c. Republik Irland	67
d. Bundesrepublik Deutschland	68
e. Andere Staaten	69
4. Die Reaktion internationaler Organisationen	70
a. Europäische Gemeinschaft/Union	70
b. Europarat	73
c. Commonwealth	75
d. Blockfreienbewegung	76
V. Die Nichtanerkennung als Folge der Staatsgründung im besetzten Gebiet	78
VI. Zusammenfassung	81
<i>Kapitel 2: Präzedenzfälle kollektiver Nichtanerkennung</i>	83
I. Mandschukuo	85
1. Der japanisch-chinesische Konflikt und die Proklamation Mandschukuos	85
2. Die Reaktion der Vereinigten Staaten von Amerika: Die »Stimson-Doktrin«	90
3. Der Mandchureikonflikt vor dem Völkerbund	95
a. Die erste Reaktion des Völkerbundsrats	95
b. Der Appell der Zwölf	97
c. Die Resolution vom 11. März 1932	98
d. Der Bericht der Lytton-Kommission	101
e. Der Beschluß vom 24. Februar 1933	103
f. Die Einsetzung eines Beratenden Ausschusses	106
4. Die Nichtanerkennung in den Debatten der Völkerbundversammlung	108

5. Die internationale Anerkennungspraxis	110
a. Die Anerkennung durch Japan, seine Verbündeten und andere Staaten	110
(1) Japan	110
(2) El Salvador und Dominikanische Republik	112
(3) Italien	113
(4) Deutschland	114
(5) Weitere Staaten	117
b. Die Haltung der nicht anerkennenden Staaten	118
(1) Frankreich	119
(2) Schweiz	120
(3) Sowjetunion	121
(4) Vereinigtes Königreich	122
6. Die Nichtanerkennung als Sanktion einer Vertragsverletzung	128
II. Rhodesien	131
1. Die einseitige Unabhängigkeitserklärung der weißen Minderheitsregierung	131
2. Süd-Rhodesien als Hoheitsgebiet ohne Selbstregierung und das Selbstbestimmungsrecht des südrhodesischen Volkes	138
3. Die Aufforderungen zur Nichtanerkennung vor Erklärung der Unabhängigkeit	142
a. Organisation für Afrikanische Einheit	142
b. Blockfreienbewegung	145
c. Vereinte Nationen	145
4. Die Nichtanerkennungsaufforderung des UN-Sicherheitsrats	147
a. Die Resolutionen 216 (1965) und 217 (1965)	147
b. Das Zustandekommen der Resolutionen	150
(1) Die britische Interessenlage	150
(2) Die Haltung der afrikanischen Staaten	153
(3) Der jordanische Kompromißvorschlag	153
5. Die Nichtanerkennungsresolutionen des Sicherheitsrats 1970–1979	156
a. Die Begründung einer Pflicht zur Nichtanerkennung	156
b. Die Erneuerung der Nichtanerkennungsaufforderung	160
c. Die Aufforderung zur Nichtanerkennung der »internen Lösung«	161
6. Die Nichtanerkennungsresolutionen der Generalversammlung . . .	163
7. Nichtanerkennung und andere Sanktionen	164
8. Die internationale Nichtanerkennungspraxis	167
9. Die Nichtanerkennung als Reaktion auf eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts	172

III. Die Homeland-Staaten	174
1. Die südafrikanische Apartheidpolitik und die Schaffung der Homeland-Staaten	174
2. Die Verurteilung der Apartheidpolitik durch die Vereinten Nationen	178
3. Die Aufforderung zur Nichtanerkennung vor Entlassung in die Unabhängigkeit	179
a. Vereinte Nationen	180
b. Organisation für Afrikanische Einheit	181
c. Blockfreienbewegung	183
4. Die Nichtanerkennungsaufforderungen der Vereinten Nationen	184
a. Die Transkei als Prototyp der Homeland-Staaten	184
(1) Die Entlassung in die Unabhängigkeit	184
(2) Die Aufforderung der Generalversammlung	186
(3) Die Bestätigung der Aufforderung durch den Sicherheitsrat	189
b. Die übrigen Homeland-Staaten	194
(1) Bophuthatswana	194
(2) Venda	196
(3) Ciskei	198
c. Die Erneuerung der Nichtanerkennungsaufforderung	200
5. Die Nichtanerkennungsaufforderungen der Organisation der Islamischen Konferenz	200
6. Die internationale Nichtanerkennungspraxis	201
a. Die Anerkennung durch Südafrika und die übrigen Homeland-Staaten	201
b. Die Haltung der nicht anerkennenden Staaten	202
(1) Australien	202
(2) Belgien	203
(3) Bundesrepublik Deutschland	204
(4) Niederlande	204
(5) Schweiz	205
(6) Vereinigtes Königreich	206
(7) Vereinigte Staaten von Amerika	207
6. Die Nichtanerkennung als Antwort auf die südafrikanische Apartheidpolitik	208
IV. Zusammenfassung	210

Zweiter Teil

Die Rechtsgrundlagen der kollektiven Nichtanerkennung

Kapitel 3: Die Rechtsnatur der kollektiven Nichtanerkennung	214
I. Konstitutive Wirkung	214
II. Deklaratorische Wirkung	218
1. Bestätigung der objektiven Rechtslage	218
2. Nichtbestehen eines Staats	221
a. Nichterfüllung der Staatsvoraussetzungen	221
(1) Unterscheidung zwischen Staats- und Anerkennungskriterien	221
(2) Die klassischen Staatskriterien	222
(a) Die Jellineksche Trias	222
(b) Faktische Unabhängigkeit der Staatsgewalt	224
(c) Fähigkeit, mit anderen Staaten in Beziehungen zu treten	229
(d) Erfüllung der Staatskriterien durch die nichtanerkannten Staaten	231
(3) Zusätzliche Legalitätskriterien	233
(a) Demokratisch legitimierte Staatsgewalt	234
(b) Selbstbestimmungsrecht	235
(c) Apartheidverbot	236
(d) Gewaltverbot	237
(e) Legalität und Staatlichkeit	237
b. Nichtigkeit der Staatsentstehung infolge eines Völkerrechtsverstoßes	239
(1) Das Prinzip <i>ex injuria jus non oritur</i>	240
(2) Das <i>jus cogens</i> -Konzept	243
(a) Existenz der <i>jus cogens</i> -Norm im Zeitpunkt der Staatsentstehung	244
(b) Übertragbarkeit des <i>jus cogens</i> -Konzepts auf Staaten	247
(c) Das <i>jus cogens</i> -Konzept in der Staatenpraxis	254
c. Ungültigerklärung der Staatsentstehung	256
3. Zwischenergebnis	258
III. Negatorische Wirkung	259
1. Vorenthaltung der Rechtsstellung eines Staats	259
2. Die Rechtsstellung der Staaten im Völkerrecht	265
a. Zwingende Rechte	266
b. Optionale Beziehungen	270
3. Rechtfertigung der Vorenthaltung der zwingenden Rechte	272
a. Nichtanerkennungsaufforderung der Vereinten Nationen	273

(1) Bindende Entscheidungen des Sicherheitsrats	273
(2) Empfehlungen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung	279
b. Kollektive Gegenmaßnahme gegen einen Völkerrechtsverstoß	282
(1) Die Nichtanerkennung als Gegenmaßnahme	283
(2) Passivlegitimation des nichtanerkannten Staats	287
(3) Aktivlegitimation der nicht anerkennenden Staaten	291
(a) Gegenmaßnahmen durch dritte Staaten	292
(b) Die Nichtanerkennung als die klassische Gegenmaßnahme dritter Staaten	295
IV. Ergebnis	301
<i>Kapitel 4: Die Aufforderung der Vereinten Nationen zur Nichtanerkennung</i>	<i>304</i>
I. Inhaltliche Anforderungen	305
II. Kompetenzgrundlagen	307
1. Sicherheitsrat	308
a. Artikel 41 UN-Charta	308
b. Artikel 39 UN-Charta	312
c. Artikel 24 Abs. 1 UN-Charta	313
2. Generalversammlung	315
a. Artikel 11 Abs. 2 UN-Charta	315
b. Artikel 10 UN-Charta	317
III. Rechtswirkungen	318
1. Begründung einer Pflicht zur Nichtanerkennung	318
a. Generalversammlung	318
b. Sicherheitsrat	320
(1) Erklärungen des Ratspräsidenten	320
(2) Resolutionen	320
2. Bestätigung einer bestehenden Nichtanerkennungspflicht	325
a. Grundlagen der Nichtanerkennungspflicht	326
(1) Vertragsrecht	326
(a) Die panamerikanischen Regionalverträge	326
(b) Verträge mit universellem Geltungsbereich	328
(i) Artikel 10 der Völkerbundsatzung	328
(ii) Briand-Kellogg-Pakt	331
(iii) Charta der Vereinten Nationen	332
(iv) Statusverträge	335
(2) Allgemeiner Rechtsgrundsatz	336
(3) Völkergewohnheitsrecht	337
(a) Staatenpraxis	338

(b) Rechtsüberzeugung	339
(i) Entwurf einer Erklärung über die Rechte und Pflichten der Staaten	340
(ii) Erklärungen der blockfreien Staaten	340
(iii) Erklärung über freundschaftliche Beziehungen	341
(iv) Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit	347
(v) Erklärung über die Definition des Aggressionsbegriffs	348
(vi) Schlußakte von Helsinki und Folgedokumente	351
(vii) Erklärung über die Verstärkung des Gewaltverbots	352
(viii) Leitlinien für die Anerkennung neuer Staaten	354
(ix) Entwurf von Artikeln zur Staatenverantwortlichkeit	355
(4) Zwischenergebnis	360
b. Inhalt der Nichtanerkennungspflicht	362
IV. Koordinierungsfunktion	363
V. Ergebnis	365

Dritter Teil

Die Rechtsfolgen der kollektiven Nichtanerkennung

<i>Kapitel 5: Verträge und einseitige Hoheitsakte</i>	370
I. Verträge	370
1. Vertragsbeziehungen der Türkischen Republik Nord-Zypern	370
a. Multilaterale Verträge	370
(1) Ratifikationsmitteilung und Ratifikation	370
(2) Beitritt durch nichtanerkannte Staaten	372
(3) Die Verhinderung des Beitritts der nicht anzuerkennenden Staaten	373
b. Bilaterale Verträge	377
(1) Abschluß von Staatsverträgen und Verwaltungsabkommen	377
(2) Registrierung von Verträgen	383
c. Quasi-Verträge	385
(1) Verwaltungsvereinbarungen	385
(2) Privatrechtliche Verträge	387
d. Konsequenzen fehlender Vertragsbeziehungen	388
(1) Handelsverbote mit der Türkischen Republik Nord-Zypern	388

(2) Nachteile für die internationale Staatengemeinschaft	389
2. Die Republik Zypern als Vertragspartei	391
a. Vertragsschlußkompetenz für Gesamtzypern	391
(1) Rechtsauffassungen der beiden Volksgruppen	391
(2) Innerstaatliches Recht und völkerrechtliche Vertragsschlußkompetenz	393
(3) Praxis der Staaten und internationalen Organisationen	395
(a) Türkei	395
(b) Andere Staaten	399
(c) Europäische Union	402
(d) Umweltprogramm der Vereinten Nationen	405
(4) Anerkennung als <i>de jure</i> -Regierung von ganz Zypern als Voraussetzung der Vertragsschlußkompetenz	406
(5) Einschränkung der Vertragsschlußkompetenz für fundamentale Verträge	408
(6) Praktische Probleme einer Vertragsschlußkompetenz für Gesamtzypern	409
(7) Legalität und Legitimität des Vertragsschlusses	412
(8) Zwischenergebnis	417
b. Anwendbarkeit der Verträge der Republik Zypern auf Nordzypern	418
(1) Keine Bindung der Türkischen Republik Nord-Zypern	418
(2) Praxis der Staaten und internationalen Organisationen	419
(3) Unterschiede zu den nichtanerkannten Staaten	421
(a) Die geteilten Staaten: Deutschland, Korea und Vietnam	421
(b) Die Volksrepublik China und die Republik China (Taiwan)	422
(4) Einschränkungen der Anwendbarkeit	424
(5) Zwischenergebnis	430
II. Einseitige Hoheitsakte	430
1. Meeresgebietsproklamationen	431
2. Erklärungen zum internationalen Such- und Rettungsdienst	432
3. Schutz- und Rückführungsverlangen von zyprischem Kulturgut	434
a. Kulturgutschutzersuchen	435
b. Gesuche um Rückführung von Kulturgut	436
4. Zustimmung zur Stationierung von UNFICYP	443
a. Rechtserhebliche Zustimmung und faktisches Einverständnis	443
b. Rechtserhebliche Zustimmung der Regierung der Republik Zypern	445

c. Faktisches Einverständnis der türkisch-zyprischen Behörden . . .	447
d. Versuche der Türkischen Republik Nord-Zypern, ihre rechtsverbindliche Zustimmung zu dokumentieren	449
5. Proteste und Anerkennungserklärungen	455
III. Ergebnis	456
<i>Kapitel 6: Rechtsstellung vor nationalen und internationalen Gerichten</i>	<i>459</i>
I. Die Anerkennung im Gerichtsverfahren	459
1. Die Beweisfunktion der Anerkennung	459
a. Nationale Gerichte	459
(1) Der anglo-amerikanische Ansatz	460
(2) Der kontinentaleuropäische Ansatz	462
b. Internationale Gerichte	466
2. Die Auswirkungen einer Nichtanerkennungspflicht	467
a. Anerkennung durch die Gerichte	467
b. Die Geltung einer Nichtanerkennungspflicht für die Gerichte . . .	468
II. Das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs im Namibia-Fall	471
III. Anwendung des Rechts der Türkischen Republik Nord-Zypern	474
1. Bundesrepublik Deutschland	475
a. Die Anwendung des effektiv geltenden Rechts	475
b. Die Unterscheidung zwischen Kollisionsrecht und Völkerrecht .	477
c. Menschenrechtliche Gesichtspunkte	478
2. Vereinigtes Königreich	479
a. Die traditionelle common law-Regel	479
(1) Die Nichtbeachtung des Rechts nichtanerkannter Staaten . .	479
(2) Die <i>Carl Zeiss</i> -Ausnahme	480
b. Nordzypern als Katalysator der Rechtsentwicklung	481
(1) Das <i>obiter dictum</i> von <i>Lord Denning</i> im <i>Hesperides</i> <i>Hotels-Fall</i>	481
(2) Der Foreign Corporations Act 1991	485
c. Die Praxis der Gerichte	489
(1) Stillschweigende Anwendung der Rechtsvorschriften	489
(2) Sonderfall: Das Staatsangehörigkeitsrecht	491
3. Vereinigte Staaten von Amerika	495
4. Die Praxis des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte . . .	499
IV. Anerkennung und Vollstreckung türkisch-zyprischer Gerichtsentscheidungen	503
1. Bundesrepublik Deutschland	506
a. Die Regelung der Anerkennungs- und Vollstreckungsvoraussetzungen	506

b. Entscheidung eines staatlichen Gerichts	506
c. Keine offensichtliche Unvereinbarkeit mit dem <i>ordre public</i>	508
d. Das Gegenseitigkeitserfordernis	509
2. Vereinigtes Königreich	510
a. Die traditionelle <i>common law</i> -Regel	510
b. Entscheidungen auf Zahlung einer bestimmten Geldsumme	511
(1) Registrierung unter dem <i>Administration of Justice Act 1920</i> (Part II)	511
(2) Die Judikatklage	513
c. Entscheidungen in erb- und familienrechtlichen Angelegenheiten	514
(1) <i>Der Family Law Act 1986</i>	514
(2) Die Wirksamkeit der anzuerkennenden Entscheidung	515
(3) Kein offensichtlicher Widerspruch zur <i>public policy</i>	517
3. Die Praxis der Konventionsorgane der Europäischen Menschenrechtskonvention	520
a. Die Gerichtsqualität der Gerichte in Nordzypern	520
b. Die Rechtsschutzmöglichkeiten in der Türkischen Republik Nord-Zypern als innerstaatliche Rechtsbehelfe der Türkei	521
V. Parteifähigkeit (<i>locus standi</i>)	524
1. Türkische Republik Nord-Zypern	524
a. Internationale und supranationale Gerichte	524
(1) Internationaler Gerichtshof	524
(2) Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften	529
b. Nationale Gerichte	530
2. Regierung der Republik Zypern	535
a. Regierungsqualität der »griechisch-zyprischen Verwaltung«	535
b. Nichtanerkennung durch die Türkei	537
VI. Staatenimmunität der Türkischen Republik Nord-Zypern	538
1. Vereinigtes Königreich	539
2. Bundesrepublik Deutschland	541
VI. Ergebnis	543
 <i>Kapitel 7: Mitgliedschaft und Vertretung in internationalen Organisationen</i>	 546
I. Vereinte Nationen	547
1. Mitgliedschaft der Türkischen Republik Nord-Zypern	547
2. Vertretung der türkischen Zyperer	550
a. Sicherheitsrat	550
b. Generalversammlung	558
3. Mitteilungen der türkischen Zyperer an die Vereinten Nationen	561

4. Volksgruppengespräche unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen	564
II. Europarat	566
1. Ministerkomitee	567
2. Parlamentarische Versammlung	568
a. Die faktische Suspendierung der Mitgliedschaft der Republik Zypern	568
b. Die Rückkehr der griechisch-zyprischen Vertreter	570
c. Die Repräsentation der türkischen Zyperer in der Versammlung	572
3. Kongreß der Gemeinden und Regionen in Europa	578
4. Die Vertretungsfrage als Spiegelbild der Wahrnehmung des Zypernkonflikts	581
III. Organisationen muslimischer und turksprachiger Staaten	582
1. Organisation der Islamischen Konferenz	582
2. Islamische Handels- und Wirtschaftskammer	587
3. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit	588
4. Gipfelkonferenzen der Turkstaaten	589
5. Eurasischer Postverein	590
IV. Internationale Sportorganisationen	592
V. Ergebnis	594
<i>Kapitel 8: Bilaterale Beziehungen</i>	597
I. Diplomatische, konsularische und inoffizielle Vertretungen	598
1. Auslandsvertretungen der Türkischen Republik Nord-Zypern	598
a. Diplomatische und konsularische Vertretungen in der Türkei	598
b. Inoffizielle Vertretungen in anderen Ländern	601
(1) Rechtsstellung und Aufgaben	601
(2) Vorrechte und Befreiungen der Mitglieder der Vertretungen	607
c. Türkische Zyperer als Mitglieder türkischer Auslandsvertretungen	611
2. Ausländische Vertretungen in Nordzypern	612
a. Quasi-konsularische Vertretungen	612
b. Offizielle konsularische Vertretungen	614
c. Offizielle Vertretungen internationaler Organisationen	619
II. Zusammenarbeit und Kontakte mit der Türkischen Republik Nord-Zypern	620
1. Form der Kontakte mit türkisch-zyprischen Amtsträgern	620
2. Kontakte mit den türkisch-zyprischen Behörden	624
a. Internationale Rechts- und Amtshilfe	624
(1) Zustellungen	629

(2) Beweisaufnahme	633
(3) Verfahrenshilfe	636
(4) Auslieferung	637
(5) Zusammenarbeit der Polizeibehörden	641
b. Ausweisung und Abschiebung	643
c. Registrierung von Eigentum	646
d. Paß- und Sichtvermerksangelegenheiten	647
(1) Vereinigtes Königreich	650
(2) Vereinigte Staaten von Amerika	656
(3) Bundesrepublik Deutschland	657
e. Zusammenarbeit mit UNFICYP	661
III. Ergebnis	663
<i>Kapitel 9: Wirtschaftliche Entwicklung</i>	666
I. Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Nordzypern	667
1. Wirtschaftliche Beziehungen mit der Türkischen Republik Nord-Zypern	667
2. Nachteilige Faktoren für die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen	670
a. Vertragliche Handelsvergünstigungen	670
b. Internationale Messeveranstaltungen	672
c. Wirtschaftskonzessionen	673
d. Eigentumserwerb	674
II. Handel zwischen Nordzypern und der Europäischen Union	675
1. Das Erfordernis von Ursprungszeugnissen und Gesundheitsbescheinigungen	676
a. Ursprungszeugnisse	676
(1) Präferentielle Ursprungszeugnisse	677
(2) Nichtpräferentielle Ursprungszeugnisse	678
b. Pflanzen- und Tiergesundheitsbescheinigungen	679
2. Anerkennung der Zeugnisse türkisch-zyprischer Behörden 1974-1994	680
3. Die EuGH-Urteile im <i>Anastasiou</i> -Fall	682
a. <i>Anastasiou-I</i> und das Ende direkter präferentieller Agrarimporte	682
b. <i>Anastasiou-II</i> und die Frage indirekter Agrarimporte über die Türkei	686
c. <i>Anastasiou-III</i> und der vollständige Importstopp von Agrarprodukten	689
4. Die Anerkennung von Zeugnissen nichtanerkannter Staaten	691
a. Die Einfuhrscheine der Internationalen Suchtstoffabkommen	692

(1) Mandschukuo	692
(2) Deutsche Demokratische Republik	697
(3) Namibia	698
b. Zeugnisse und Bescheinigungen nach EG-Recht	698
(1) Republik China (Taiwan)	698
(2) Die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien	700
c. Keine Anerkennung durch eine Zusammenarbeit mit Behörden	701
5. Die Anerkennung von Zeugnissen ermächtigter Stellen in Nordzypren	702
a. Innerzyprischer Handel und Handel über den Südteil der Insel	703
b. Direkter Handel mit den EU-Mitgliedstaaten	706
III. Finanz- und Wirtschaftshilfe	709
1. Zinsgünstige Darlehen internationaler Finanzinstitutionen	710
a. Europäische Investitionsbank	710
b. Entwicklungsbank des Europarats	714
c. Weltbankgruppe	714
(1) Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	714
(2) Internationale Finanz-Corporation und Internationale Entwicklungsorganisation	716
2. Teilnahme an Programmen der Europäischen Gemeinschaft	717
3. EG-Finanzhilfen zur Förderung der türkisch-zyprischen Volksgruppe	718
4. Zwischenstaatliche Hilfeleistungen	721
5. Finanzielle Hilfe zur Erhaltung von Kunst- und Kulturdenkmälern	723
IV. Ausländische Investitionen	726
V. Ergebnis	727
<i>Kapitel 10: Post- und Fernmeldeverkehr</i>	<i>731</i>
I. Postverkehr	732
1. Die Geltung der Weltpostrechtsordnung für Nordzypren	732
a. Die Regelung des internationalen Postverkehrs	732
b. Mitgliedschaft im Weltpostverein	734
c. Geltung des Weltpostvertrags für Nordzypren	736
2. Indirekte Postverbindung mit Nordzypren	737
3. Postsendungen mit Postwertzeichen der Türkischen Republik Nord-Zypren	741
II. Fernmeldeverkehr	746
1. Die Geltung der internationalen Fernmeldeordnung für Nordzypren	746
a. Die Grundlagen des internationalen Fernmeldeverkehrs	746

b. Mitgliedschaft in der Internationalen Fernmeldeunion	748
c. Geltung der ITU-Grundsatzdokumente für Nordzypern	749
2. Indirekter Fernmeldeverkehr mit Nordzypern	750
a. Die Eingliederung in das türkische Fernmeldenetz	750
b. Vereinbarkeit mit der Vollzugsordnung für internationale Fernmeldedienste	752
III. Ergebnis	755
<i>Kapitel 11: See- und Luftverkehr</i>	<i>757</i>
I. Seeverkehr	759
1. Schließung der Seehäfen in Nordzypern	759
a. Zugang zu Seehäfen	759
b. Schließungsanordnung der Regierung der Republik Zypern	759
c. Vereinbarkeit der Schließungsanordnung mit dem Völkerrecht	766
(1) Kriegerische Besetzung	769
(2) Lokale <i>de facto</i> -Regierung	771
(3) Zwischenergebnis	772
2. Schiffe unter der Flagge der Türkischen Republik Nord-Zypern	772
a. Staatszugehörigkeit der Schiffe	772
b. Die Türkische Republik Nord-Zypern als Flaggenstaat	773
c. Rechtsstellung von in Nordzypern registrierten Schiffen	774
(1) Der Türkische Bundesstaat von Zypern	774
(2) Die Türkische Republik Nord-Zypern	776
d. Zugang von Handelsschiffen zu internationalen Seehäfen	779
II. Luftverkehr	781
1. Keine Direktflugverbindungen nach Nordzypern	781
a. Flugverkehr mit Nordzypern	781
b. Flüge nach Nordzypern als Verstoß gegen internationale Luftfahrtverträge	784
(1) Privatluftfahrzeuge	784
(a) Die Übereinkommen von Chicago	785
(b) Bilaterale Luftverkehrsabkommen	791
(2) Staatsluftfahrzeuge	793
c. Andere Gründe für das Unterbleiben von Flügen nach Nordzypern	795
(1) Nichtanerkennung der Türkischen Republik Nord-Zypern	795
(2) Vorschriften des Internationalen Lufttransportverbandes	796
(3) Erklärung der Flughäfen zu illegalen Grenzübergangsstellen	797
d. Zwischenergebnis	797
2. Rechtsstellung der türkisch-zyprischen Fluggesellschaft	799

3. Die Öffnung der Flughäfen in Nikosia und Nordzypern	802
a. Die Vertrauensbildenden Maßnahmen des UN-Generalsekretärs	802
b. Die Wiedereröffnung des internationalen Flughafens von Nikosia	805
(1) Verwaltung durch den UN-Generalsekretär	805
(2) Verkehrsrechte für türkische Fluggesellschaften	807
(3) Zollabfertigung durch die türkisch-zyprischen Behörden	811
c. Die Öffnung der Flughäfen in Nordzypern	812
4. Planmäßiger Fluglinienverkehr ohne Anerkennung: Der Fall Taiwan	814
a. Fluglinienverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Taiwan	814
b. Rahmenbedingungen des internationalen Fluglinienverkehrs mit Taiwan	815
III. Ergebnis	818
<i>Kapitel 12: Völkerrechtliche Verantwortlichkeit für Vorgänge in Nordzypern</i>	<i>823</i>
I. Republik Zypern	824
1. Verantwortlichkeit für fremdes Verhalten	824
a. Besetzung Nordzyperns durch die Türkei	825
b. Die Türkische Republik Nord-Zypern als lokale <i>de</i> <i>facto</i> -Regierung	827
2. Verantwortlichkeit für eigenes Verhalten	830
II. Türkische Republik Nord-Zypern/Türkischer Bundesstaat von Zypern	835
1. Deliktsfähigkeit	835
2. Verantwortlichkeit für die türkischen Streitkräfte in Nordzypern	837
a. Kampfhandlungen während der Intervention im Juli/August 1974	837
b. Handlungen der Stationierungsstreitkräfte	840
III. Türkei	841
1. Verantwortlichkeit für eigenes Verhalten	842
2. Verantwortlichkeit für das Verhalten der türkisch-zyprischen Behörden	843
a. Unmittelbare und mittelbare Verantwortlichkeit	845
b. Zurechnung des Verhaltens der türkisch-zyprischen Behörden zur Türkei	846
(1) Leitung und Kontrolle der türkisch-zyprischen Behörden	847
(2) Die türkisch-zyprischen Behörden als <i>de facto</i> -Organe	848

c. Mittelbare Verantwortlichkeit für Handlungen der Türkischen Republik Nord-Zypern	854
3. Gemeinsame Verantwortlichkeit mit der Türkischen Republik Nord-Zypern	857
4. Ausübung von Hoheitsgewalt in Nordzypern	858
IV. Ergebnis	861
<i>Schlußbetrachtung</i>	864
Anhang I Übersicht über die Sanktionswirkungen der kollektiven Nichtanerkennung	869
Anhang II Verträge, Abkommen und andere Übereinkünfte des Türkischen Bundesstaats von Zypern und der Türkischen Republik Nord-Zypern	876
Literaturverzeichnis	887
Entscheidungsregister	935
Alphabetische Ordnung	935
Ordnung nach Gerichten und Ländern	945
Vertragsregister	967
Bilaterale Verträge	967
Multilaterale Verträge	973
Register nationaler und supranationaler Rechtsakte	987
Register der Resolutionen und Erklärungen internationaler Organisationen	1001
Personenverzeichnis	1018
Sachverzeichnis	1021